Panorama

Ex-Polizist richtet in Thailand ein Massaker an

Mindestens 22 Kinder und 16 Erwachsene kommen ums Leben

MATTHIAS MÜLLER, SEOUL

In Thailand hat am Donnerstagnachmittag ein ehemaliger Polizist mindestens 38 Personen getötet, 22 davon sollen Kinder sein. Die Mehrzahl der Kinder sollen im Schlaf erschossen worden sein. Der Amoklauf ereignete sich in der nordöstlichen Provinz Nong Bua Lamphu. Nach den bisherigen Erkenntnissen hat der 34-jährige Täter Panya Khamlarb nach einem Gerichtstermin wegen eines Drogendelikts seinen Sohn von einer Kindertagesstätte abholen wollen.

Als er diesen nicht vorfand, griff er mit einer Schusswaffe und einem Messer die Betreuerinnen und Betreuer sowie Kinder an. Auf der Flucht mit einem Kleintransporter tötete er weitere Personen. Als er zu Hause ankam, erschoss er seine Ehefrau und den gemeinsamen Sohn. Anschliessend richtete er sich selbst. Mindestens zwölf Personen sollen verletzt sein, acht davon befinden sich in einem kritischen Zustand. Der Täter hatte den Polizeidienst wegen Besitzes von Methamphetamin-Pillen quittieren müssen.

Gesetz lässt sich umgehen

Thailand hat seit 1947 zwar ein «Gesetz über Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffe, Feuerwerkskörper und Waffenimitate». Laut diesem ist es Thailänderinnen und Thailändern nur erlaubt, einen Waffenschein zu beantragen, um sich selbst zu verteidigen, ihr Eigentum zu schützen sowie für Sport und zur Jagd. Und das Gesetz verbietet einer Reihe von Personen den Besitz von Schusswaffen. Dazu zählen Thailänderinnen und Thailänder, die wegen eines Verbrechens verurteilt, drogenabhängig, gebrechlich, behindert oder unzurechnungsfähig sind, sowie Minderjährige. Das Gesetz, das Auslände-



Der Amoklauf ereignete sich in einer Kindertagesstätte im Nordosten Thailands.

rinnen und Ausländern Waffenbesitz in Thailand untersagt, sieht ebenfalls harte Strafen vor. So können Ausländer, die eine Schusswaffe ohne Lizenz besitzen, zu einer zehnjährigen Haftstrafe sowie einer Geldbusse von bis zu 20 000 Baht, was 525 Franken entspricht, verurteilt werden. Personen, die mit einer Waffe gefasst werden, die auf jemand

anders registriert ist, drohen bis zu fünf Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von maximal 10 000 Baht. Es ist in Thailand jedoch bekannt, dass sich das Gesetz gegen die Bezahlung von Schmiergeldern oder durch Beziehungen in der Verwaltung umgehen lässt.

In Thailand soll es denn auch Millionen illegaler Waffen geben. Offibesitz pro 100 000 Einwohner einen durch Waffengewalt ums Leben.

ziell sind sechs Millionen Schusswaffen registriert. Darüber hinaus gibt es eine hohe Dunkelziffer. Die von der University of Sydney betriebene Website Gunpolicy.org schätzt, dass sich bis zu 4,3 Millionen nicht registrierte Waffen im Umlauf befinden. In Südostasien nimmt Thailand beim zivilen Waffen-

Spitzenplatz ein: Er soll sich auf 15,6 belaufen, während die Vergleichswerte in Indonesien und Singapur jeweils nur 0,5 betragen.

Waffenkauf im Internet

Für diesen hohen Waffenbesitz unter Thailändern gibt es einen einfachen Grund: In Thailand lassen sich Waffen trotz fehlendem Waffenschein illegal im Internet kaufen. Auf der Website Thai PBS ist zu lesen, dass eine Pistole in den sozialen Netzwerken zwischen 2500 und 15 000 Baht kostet, was einem Betrag zwischen 66 und 394 Franken entspricht. Und an Schusswaffen mangelt es in dem südostasiatischen Land nicht. Thailand gilt als Drehscheibe für Waffenschmuggel. Die Schusswaffen kommen aus Nachbarländern wie Kambodscha und Myanmar. Als weitere Zentren des Schwarzmarktes für Waffen gelten in der Region Kambodscha und Vietnam

Bereits vor zwei Jahren hatte in Thailand ein Soldat aus Ärger über ein Immobiliengeschäft um sich geschossen. Er tötete damals 29 Personen und verletzte 57. In Südostasien nimmt Thailand auch bei den durch Schusswaffen getöteten Personen je 100 000 Einwohner eine Spitzenstellung ein. Der zuletzt vorliegende Wert von 2019 belief sich auf 1,88. Besonders schlimm ist die Situation im Vergleich der südostasiatischen Länder jedoch in den Philippinen. Dort sind 2014 – neuere Zahlen liegen nicht vor – 7,88 Personen je 100 000 Einwohner durch Schusswaffen getötet worden. Ein Blick in die Statistiken zeigt jedoch, dass die Philippinen und Thailand deutlich hinter den Vereinigten Staaten liegen. In Amerika kamen 2019 mehr als 12 Personen je 100 000 Einwohner

Unterrichtsfrei dank Hackern

Ransomware-Angreifer nehmen amerikanische Schulen ins Visier

MARIE-ASTRID LANGER, SAN FRANCISCO

Bei dem bis dato grössten bekannten Cyberangriff auf das amerikanische Schulwesen haben diese Woche Hacker persönliche Informationen von bis zu 600 000 Schülern und Angestellten veröffentlicht, darunter Namen, Adressen, Steuernummern und Bankinformationen. Der Schulbezirk Los Angeles mit mehr als 1000 Schulen ist der zweitgrösste im Land nach New York City, Anfang September war er Opfer einer Ransomware-Attacke geworden. Hacker verschlüsselten die IT-Systeme des Schulbezirks und verlangten für deren Freigabe ein Lösegeld. Andernfalls drohten sie mit der Veröffentlichung der gestohlenen Daten.

Der Vorfall ereignete sich, zwei Tage bevor die Schüler in Südkalifornien das neue Schuljahr begannen, und führte eine Woche lang zu erheblichen Störungen der gesamten IT-Systeme in den betroffenen Schulen. Die Meldung alarmierte die höchsten Regierungsebenen in Washington, darunter auch den Rat für nationale Sicherheit. Die Regierung Biden hat sich den Kampf gegen Cyberkriminalität gross auf die Fahnen geschrieben und betroffenen Firmen und Behörden die maximale Unterstützung zugesichert. Neben dem Weissen Haus ermitteln nun die Bundespolizei FBI, die für Cybersicherheit zuständige Bundesbehörde Cisa (Cybersecurity and Infrastructure Security Agency) sowie mehrere private Cybersecurity-Firmen.

Der Leiter des Schulbezirks, Albert Carvalho, teilte die Höhe der Lösegeldforderung nicht öffentlich mit und weigerte sich, dieser nachzukommen. «Es ist nie garantiert, dass man auch wirklich alle Daten zurückbekommt, und wir glauben, dass Steuergelder besser für unsere Schüler ausgegeben werden als für eine Kapitulation gegenüber ruchlosen und illegalen

Verbrechersyndikaten.» Daraufhin machten die Hacker nun ihre Drohung wahr und publizierten Anfang dieser Woche die gestohlenen Daten im Darknet. Noch ist nicht abschliessend bekannt,

welche Daten im Darknet veröffentlicht wurden; oft tauchen Informationen aus einem Leak auch Monate später noch auf. Im Fall von Schulen könnten das bisweilen auch sehr persönliche Daten von Schülern stark den Bildungssektor» angreift. sein, sagt Brett Callow, «threat analyst» Bildungseinrichtungen sind für bei der Cybersecurity-Firma Emsisoft, im Gespräch. Bei früheren Angriffen sei es dazu gekommen, dass die Erpresser etwa die Ergebnisse psychologischer Evaluationen und in einem Fall sogar Details zu einem Vorwurf des sexuellen Missbrauchs publiziert hätten. Darüber hinaus könnten etwa die Sozialversicherungsnummern für Identitätsdiebstahl missbraucht werden. Davor warnt auch das FBI.

Ein attraktives Ziel

Nach derzeitigem Wissensstand scheint es aber so, dass Los Angeles noch einmal mit einem blauen Auge davonkam - doch der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf ein enormes Problem. Der Vorfall in Los Angeles sei in gewisser Weise typisch, sagt auch Callow. «Die Hacker dringen oft Monate zuvor in die Systeme ein, aber sie warten bis zum Schulanfang, um die Netzwerke lahmzulegen. So können die Schulen die Sommerpause nicht dafür nutzen, die Systeme wieder herzustellen. Sie stehen dann mehr unter Zeitdruck, was die Chancen erhöht, dass sie das Lösegeld schnell zahlen.» Auch die Tatsache, dass der Angriff an einem Feiertagswochenende – Labor Day – stattfand, ist typisch für Cyberkriminelle: Sie nutzen den Umstand aus, dass dann weniger IT-Ange-

stellte ein Auge auf die Systeme haben. Hinter dem Angriff steckt die Hackergruppe Vice Society, die sich schon zu insgesamt neun Ransomware-Angriffen

gegen amerikanische Schulen dieses Jahr bekannt hat. Auch britische Schulen fielen der seit Mai 2021 aktiven Gruppe bereits zum Opfer. Das Kollektiv hat laut Cybersicherheitsexperten bisher Ransomware genutzt, die vor allem in russischsprachigen Kreisen verbreitet ist.

> Hacker auch deswegen ein attraktives Ziel, weil sie oft nur geringe Budgets für IT-Sicherheit haben. Daten des FBI deu-

«Cyberkriminelle sind durch schaubar-wennsich eine Strategie für sie ausgezahlt hat, wiederholen sie diese immer wieder.»

Brett Callow bei der Cybersecurity-Firma Emsisoft

ten darauf hin, dass Angriffe gegen Schulen während der Corona-Pandemie zugenommen haben. Aufgrund des virtuellen Unterrichts waren Schulen und Schüler ganz besonders auf eine funktionierende IT-Infrastruktur angewiesen und damit leichter erpressbar. Im August und September 2020 betraf rund jeder zweite (57 Prozent) Ransomware-Angriff, der dem FBI gemeldet wurde, eine Schule oder einen Kindergarten, verglichen mit nur jedem dritten Angriff (28 Prozent) zwi-

schen Januar und Juli 2020. Laut dem «threat analyst» Callow sind Ransomware-Angriffe gegen Schu-

len schon länger ein Problem, doch oft bezahlten die Einrichtungen einfach stillschweigend. Dieses Jahr seien bereits 1735 amerikanische Schulen Opfer von Ransomware-Angriffen geworden, ebenso 29 Colleges und Universitäten. Zum Vergleich: Im ganzen Jahr 2021 Auch Cisa und das FBI warnten bereits waren es 1043 Schulen sowie 26 Colleges und Universitäten. Es dürfte allerdings vor der Gruppe, die «überproportional eine Dunkelziffer geben, weil die Betroffenen die Angriffe nicht immer melden.

«Ransomware-Angriffe gegen Schulen häufen sich seit Jahren, einfach weil sie profitabel sind», sagt Callow. «Cyberkriminelle sind sehr durchschaubar wenn sich eine Strategie für sie ausgezahlt hat, dann wiederholen sie diese immer und immer wieder.» So zahlte etwa die University of California San Francisco im Jahr 2020 Cyberkriminellen 1,1 Millionen Dollar, um wieder an die Computersysteme gelangen zu können.

Oft sitzen die Angreifer im Ausland aber nicht immer. Am Dienstag wurde in Florida ein 34-jähriger Kanadier zu 20 Jahren Haft verurteilt, weil er zahlreiche Ransomware-Angriffe, auch gegen Schulen, durchgeführt hatte. Er selbst soll damit 21 Millionen Dollar verdient haben. Er soll auch in den Angriff auf die University of California San Francisco 2020 involviert gewesen sein. Zuvor hatte der Mann als IT-Spezialist für die kanadische Regierung gearbeitet. Später schloss er sich einer aus Russland heraus operierenden Ransomware-Gruppe namens NetWalker an, die Firmen, Spitäler, Schulen, Strafverfolgungsbehörden und Notfalldienste erpresste.

Verbot von Lösegeldzahlungen

Der Richter ging bei dem Strafmass über die in solchen Fällen üblichen 12 bis 15 Jahre Haft hinaus, weil er ein abschreckendes Beispiel für andere Hacker statuieren wolle. «Der Fall zeigt, dass die

Angreifer nicht immer die russischen Hacker im Kapuzenpulli sind, die man sich vorstellt, sondern dass sie aus den eigenen Reihen kommen können», sagte der Cybersicherheitsexperte Callow.

Das FBI empfiehlt grundsätzlich, keine Lösegelder zu zahlen, um das Geschäftsmodell der Hacker nicht zu unterstützen. North Carolina und Florida verbieten es seit diesem Jahr nun auch gesetzlich, dass gliedstaatliche Behörden und lokale Gemeinden Lösegelder zahlen; andere Gliedstaaten planen ähnliche Gesetze. So sollen die Anreize für Hacker eliminiert werden, öffentliche Institutionen anzugreifen.

Wie exorbitant die Kosten eines Ransomware-Angriffs für einen Schulbezirk sein können, zeigt das Beispiel von Baltimore County im Gliedstaat Maryland. Der dortige Schulbezirk wurde im November 2020 Opfer eines Ransomware-Angriffs. Daraufhin mussten die öffentlichen Schulen drei Tage lang schliessen. Ausserdem kosteten Folgen des Angriffs die Schule bis ins folgende Jahr fast 10 Millionen Dollar: 2 Millionen kostete etwa der Umzug aller Daten in die Cloud, 50 000 Dollar die Pressearbeit, 860 000 Dollar die forensischen Untersuchungen. Ob die Schule zudem auf die Lösegeldforderungen eingegangen war, ist nicht bekannt. Auch jetzt noch, fast zwei Jahre später, kämpft der Schulbezirk mit den Folgen des Angriffs,; so sind etwa die Computerdaten zu den Pensionsguthaben der An-

gestellten offenbar fehlerhaft. Manche Bildungseinrichtungen erholen sich auch gar nicht mehr nach einem Ransomware-Angriff: Das Lincoln College in Illinois kündigte jüngst an, dass es nach 157 Jahren schliessen werde; unter anderem weil nach einem Cyberangriff im Dezember 2021 alle Systeme für die Immatrikulation und das Fundraising mehrere Monate aus«Niemand möchte mehr arbeiten, solange sie nicht genug Geld bekommen, um die Hälfte der Zeit zu arbeiten und die andere Hälfte zu faulenzen», klagte die Zeitung «The Mulberry News» aus dem amerikanischen Gliedstaat Kansas - im Jahr 1922. Und nicht nur in den USA schien zu dieser Zeit die Faulheit zu grassieren. Die NZZ etwa schrieb im selben Jahr von der «verlotterten Arbeitsmoral», der man «mit Ernst und Kraft entgegenwirken» müsse.

Freitag, 7. Oktober 2022

Beschwerden über die Faulheit der Arbeitnehmer sind nichts Neues. Das zeigte in diesem Sommer Paul Fairie, Politikwissenschafter an der Universität Calgary. In einem vielbeachteten Twitter-Thread sammelte er Zeitungsartikel, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen und in denen Kolumnisten, Unternehmer oder Ökonomen sich über die mangelnde Arbeitsbereitschaft in der Bevölkerung beschweren.

Auch in diesem Jahr stimmte in einer von dem Personaldienstleister Tinypulse durchgeführten Befragung jede fünfte Führungskraft der Aussage «Niemand will mehr arbeiten» zu. Weil sich üblicherweise ältere Generationen über die Faulheit der Jüngeren beschweren, ist es zurzeit die jüngste auf dem Arbeitsmarkt aktive Generation, die wegen ihrer ausserordentlichen Faulheit die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber auf sich zieht: die Generation Z.

Der Nachfolgegeneration der Millennials werden diejenigen zugerechnet, die zwischen 1995 und 2012 zur Welt kamen. Dass ein grosser Teil dieser Generation, zu der auch die Autorin dieses Textes gehört, noch gar nicht in den Arbeitsmarkt eingetreten ist, versteht sich von selbst. Die Vorwürfe an die «Jungen» sind dennoch überall dieselben: Die Gen Z, so heisst es, wolle heute nur noch Teilzeit arbeiten, zu astronomischen Gehältern, sei wenig belastbar und kündige sofort, wenn ihr etwas nicht passe.

Der Fachkräftemangel spielt den Jungen in die Karten

«Sie würden gebraucht, gerade beim derzeitigen Fachkräftemangel, aber sie nehmen die Stelle nur, wenn sie diese zu ihren Bedingungen gestalten können.» So drückte es jüngst ein Artikel in der NZZ aus. Darin kamen Arbeitgeber zu Wort, die sich beschwerten, die Jungen seien undankbar und hätten unerreichbare Ansprüche. Solche Aussagen zeigen vor allem die Denkfaulheit derer, die sie tätigen: der Arbeitgeber, meist Babyboomer oder Teil der

Mit der Aussage, dass die Generation Z Ansprüche stelle, obwohl Fachkräftemangel herrsche, wird ein Widerspruch kreiert, der gar keiner ist: Gerade weil in der Schweiz nahezu Vollbeschäftigung herrscht und das Angebot an Fachkräften knapp ist, liegt die Verhandlungsmacht bei den Arbeitnehmern. Der Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt immer noch ein Markt, und die potenziellen Mitarbeiter verlangen nur so lange viel, bis niemand mehr bereit ist, es ihnen zu geben. Das ist simple Ökonomie.

Der Arbeitskräftemangel trifft natürlich nicht alle Branchen und Positionen im gleichen Ausmass. Laut einer Studie des Karriereberaters Rundstedt werden nach wie vor vor allem IT-Fachkräfte gesucht – bei stolzen 77 Prozent der offenen Positionen sehen die befragten Arbeitgeber die Besetzung kritisch. Es folgen fachliche Kundenberater und Stellen in Forschung und Entwicklung.

Doch man darf sich nichts vormachen: Es sind nicht nur hochqualifizierte Fachkräfte, die händeringend gesucht werden. Und es gibt Unternehmen und Branchen, für die es deutlich schwieriger ist, ihren Mitarbeitern Extras und Abwechslung zu bieten. Wenn es schon in akademischen Berufen eine Herausforderung ist, Stellen zu besetzen, so gilt das für Berufe, für die kein Hochschulabschluss benötigt wird, erst recht. In der Pflege, in der Gastronomie, im Supermarkt oder auf dem Bau ist der Spielraum für Arbeitgeber deutlich begrenzter. Der Ausbildungsgrad der Bevölkerung steigt, gleichzeitig sinkt die Zahl der Geburten stetig. In den erwähnten Bereichen wird es in den kommenden Jahren noch schwieriger werden, Mitarbeiter zu finden.

Unabhängig von Branche oder Tätigkeit scheinen sich die meisten jüngeren Arbeitnehmer generell wenig Sorgen um ihren Arbeitsplatz zu machen: Laut dem Randstad-Arbeitsbarometer fühlen sich über die Hälfte der Befragten unter 24 sicher, bei Jobverlust schnell eine neue Stelle zu finden. Bei denjenigen unter 34 sind es sogar fast zwei Drittel. Die Jungen werden gebraucht, und das wissen sie auch. Nun kann man sich als Vorgesetzter in den

Medien darüber beschweren, dass die jungen Leute es im Arbeitsmarkt zu einfach hätten und darum faul geworden seien. Dass man es selbst um einiges schwerer gehabt habe und dass die Arbeitsmoral und überhaupt die Welt früher viel besser gewesen seien. Das ist nicht nur unkreativ und langweilig, sondern bringt überdies auch nichts. Mit solchen Behauptungen machen die Arbeitgeber es sich viel zu einfach. Stattdessen sollten sie sich fragen, was es denn ist, das die jungen Leute wollen.

Dazu muss man sich nicht einmal eine Gen-Z-Beratung ins Haus holen oder die zahlreichen Studien lesen, die es zu der Generation gibt. Meist

Die Arbeitgeber machen es sich zu einfach

Faul, verwöhnt und mit sich selbst beschäftigt – so lauten die Vorwürfe an die Generation Z. Solche Beschwerden sind nichts Neues. Wahr sind sie deswegen nicht. Von Nelly Keusch



Der Wunsch nach einem

wertschätzenden Arbeits-

umfeld, in dem Mitarbeiter

die gleichen Chancen haben,

gefördert werden und alle

kann niemanden ernsthaft

überraschen.

gewünscht hätte, hätte man dieselben Möglichkei-Es ist schliesslich kaum vorstellbar, dass es eine sind die Möglichkeiten endlos Zeit gab, in der Menschen gerne bis zum Umfallen gearbeitet haben. Die stetig steigende Zahl

denken, was man sich selbst als junger Mensch sie dort ein gutes Gehalt bekommen.

genügt es, in sich zu gehen und darüber nachzu- für das Unternehmen arbeiten und nicht nur, weil

Dass die Gen Z aktiver nach Sinn sucht als ihre Vorgänger, könnte daran liegen, dass die Jahrgänge ab 1995 zwar in einer Zeit des Friedens und des Wohlstands aufgewachsen sind – doch das Ende ihres Studiums bzw. der Beginn ihres Arbeitslebens ist dominiert von Krisen: Klimawandel, Pandemie und nun ein Krieg in Europa und eine drohende Inflation bestimmen ihr junges Erwachsenenleben. und das Büro an erste Stelle setzen, belügen sie Das führt dazu, dass alte Gewohnheiten hinterfragt werden. Und ist das nicht schon immer die Aufgabe der Jungen gewesen?

tung aufbaut, kann am Ende nur verlieren. Auch der Wunsch nach einem wertschätzenden Arbeitsumfeld, in dem Mitarbeiter gefördert werden und alle die gleichen Chancen haben, kann niemanden ernsthaft überraschen. Jüngeren Arbeitnehmern ist Diversität am Arbeitsplatz augenscheinlich wichtiger als den Vorgängergenerationen. Doch das Bedürfnis, im Büro vor diskriminierenden Kommentaren geschützt zu sein oder etwa als schwangere Frau nicht aufs Abstellgleis gestellt zu werden, dürften viele «Ältere» mit ihnen teilen.

an Burnout-Fällen beweist das. Neben der Arbeit

genug Zeit zu haben für Freunde, Familie und

Hobbys ist keine Utopie mehr, ein Wandel hin

zu flexibleren Arbeitszeiten und -orten ist schon

wie selbstverständlich davon ausgehen, dass ihre

Mitarbeiter bereit sind, Überstunden zu leisten

sich selbst. Wer sein Geschäft auf Selbstausbeu-

Wenn Arbeitgeber hingegen von vornherein

seit Jahren in Gange.

Schliesslich dürfte es auch keine neue Erkenntnis sein, dass eine Arbeit, die sinnstiftend ist, die Mitarbeiter mehr erfüllt. Knapp 30 Prozent der Gen Z wären laut Arbeitsbarometer mit weniger Lohn zufrieden, wenn sie das Gefühl hätten, mit ihrer Arbeit etwas für die Welt oder Gesellschaft zu tun. Dieser Wert ist in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen genauso hoch – den Wunsch nach Sinn im Leben hat nicht die junge Generation erfunden. gar besser, wenn ihre Mitarbeiter aus Überzeugung doch auf die «faule» Jugend gehört.

In einer Sache unterscheiden die «Zoomer» sich allerdings wohl am deutlichsten von ihren Vorgängern: Sie sind die erste Generation, die ihr gesamtes Leben mit dem Internet verbracht hat. Sie sind es gewohnt, das gesammelte Wissen der Menschheit in der Hand zu halten und permanent die Möglichkeit zu haben, ihre Situation mit der von anderen zu vergleichen. Social Media können ein Fluch sein, aber sie eröffnen auch viele Möglichkeiten, sich über Angebote zu informieren oder etwa Arbeitgeber zu bewerten und zu vergleichen.

Für diese ist das natürlich ärgerlich, schliesslich müssen sie sich nun dem sogenannten Zeitgeist anpassen. Für die Belange der Jüngeren, heisst es meist, hätten Arbeitgeber wenig übrig, schliesslich zähle letztlich nur das erfolgreiche Geschäft. Doch gerade dafür sind die Mitarbeiter die wichtigste Ressource. Wenn man diese Erkenntnis, die wahrlich auch nicht neu ist, nicht berücksichtigt, kann sich das auf Dauer nicht auszahlen. Dann werden Und für Arbeitgeber ist es doch letzten Endes so- sich die «Boomer» irgendwann denken: Hätten wir